Gleiche Bildungschancen: Münchner Migrationsbeirat gegen Studiengebühren für Drittstaatsangehörige an der LMU

Pressemitteilung des Migrationsbeirats der Landeshauptstadt München vom 19.10.2026

Der Münchner Migrationsbeirat spricht sich gegen die Einführung von Studiengebühren für Drittstaatsangehörige an der Ludwig-Maximilians-Universität München aus. Nach einer Mitteilung der LMU-Studierendenvertretung wird in diesem Jahr über entsprechende Gebühren diskutiert.

Als Vertretung der Münchnerinnen und Münchner mit Migrationsbiografie setzen wir uns für einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung ein. Die Chance auf ein Studium darf nicht von der Staatsangehörigkeit oder den finanziellen Möglichkeiten der Studierenden und ihrer Familien abhängen.

Dass die diskutierten Gebühren gezielt Studierende aus Drittstaaten betreffen sollen, sehen wir kritisch und als diskriminierend. Eine unterschiedliche Behandlung aufgrund der Staatsangehörigkeit schafft zusätzliche Hürden für eine bestimmte Gruppe von Studierenden und widerspricht aus unserer Sicht dem Grundsatz eines gleichberechtigten Zugangs zu Bildung.

Bereits die Kosten für Wohnen und Lebensunterhalt stellen Studierende in München vor erhebliche Herausforderungen. Insbesondere für Familien aus dem Ausland, die ihren Kindern ein Studium in München ermöglichen möchten, würden zusätzliche Studiengebühren eine weitere erhebliche Belastung darstellen. Sie können dazu führen, dass junge Menschen trotz fachlicher Eignung und erfolgreicher Zulassung nicht in München studieren können. Bildungschancen würden damit stärker vom Einkommen der Familie abhängen.

Internationale Studierende bereichern unsere Hochschulen und unsere Stadt durch ihre Fähigkeiten, Erfahrungen und Perspektiven. Zusätzliche finanzielle Zugangshürden gefährden diese Vielfalt und schwächen die Attraktivität Münchens als internationaler Wissenschafts- und Hochschulstandort.

Wir fordern die LMU auf, auf die Einführung von Studiengebühren für Drittstaatsangehörige zu verzichten und die Studierendenvertretung frühzeitig und transparent in die Diskussion einzubeziehen. Die notwendige Finanzierung der Hochschulen darf nicht zulasten der Bildungschancen einzelner Gruppen erfolgen.

Wir suchen hierzu den Austausch mit der Studierendenvertretung und der LMU-Hochschulleitung. Darüber hinaus nehmen wir Kontakt zur Arbeitsgemeinschaft der Ausländer,

Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) auf und bereiten eine Petition an den Bayerischen Landtag vor.

Bildung ist ein öffentliches Gut. München muss ein offener Hochschulstandort bleiben, an dem Talent, Leistung und wissenschaftliches Interesse zählen.

Im Namen des Migrationsbeirats der Landeshauptstadt München

Dimitrina Lang,

Vorsitzende

Pressekontakt des Migrationsbeirats
Dimitrina Lang, Vorsitzende des Migrationsbeirats
Sendlinger Straße 1, 80331 München
Telefon: 089/ 233 - 792558
E-Mail: mb.presse@muenchen.de
www.migrationsbeirat-muenchen.de

Der Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München besteht aus 50 nichtdeutschen oder eingebürgerten Münchnerinnen und Münchnern. Sie vertreten ehrenamtlich die politischen Interessen der ausländischen Bevölkerung. Der Migrationsbeirat engagiert sich öffentlich für die politische, rechtliche, soziale und kulturelle Gleichstellung von Deutschen und Nichtdeutschen. Der Migrationsbeirat hält intensiven Kontakt zu den im Migrationsbereich tätigen Vereinen, Gruppen und Initiativen in München. Da in dem Migrationsbeirat Mitglieder aus unterschiedlichsten politischen Listen und Nationen zusammenarbeiten, steht er auch modellhaft für Toleranz und Völkerverständigung.